Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 10 (1984)

Heft: 1

Artikel: Forschungstendenzen in der politischen Soziologie

Autor: Zwicky, Heinrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814569

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol. / Rev. suisse sociol. 1 (1984) 97–124

FORSCHUNGSTENDENZEN IN DER POLITISCHEN SOZIOLOGIE

Heinrich Zwicky
Soziologisches Institut der Universität Zürich
Zeltweg 63
CH–8032 Zürich

1. ENTWICKLUNG UND ABGRENZUNG DER POLITISCHEN SOZIOLOGIE *

Die politische Soziologie hat sich relativ spät als eine eigenständige soziologische Teildisziplin etabliert. Noch 1960 wurden auch in den Vereinigten Staaten kaum Arbeiten publiziert, die sich explizit der politischen Soziologie zurechneten (vgl. Wrong, 1981, 49). Studien, die heute der politischen Soziologie zugerechnet werden, waren damals noch Teil traditioneller soziologischer Spezialdisziplinen wie beispielsweise der Schichtungs- oder der Stadtsoziologie oder der Soziologie kollektiven Verhaltens. Diese Situation war zweifelsohne dadurch mitbedingt, dass die soziologischen Klassiker im allgemeinen von einer "historischen, kausalen und normativen Priorität der Gesellschaft über den Staat" ausgingen (vgl. Wrong, 1981, 49).

Im Werk *Max Weber*'s ist diese Tendenz weniger stark als bei den meisten anderen Klassikern. Es dürfte daher nicht zufällig sein, dass – wie ebenfalls

*) *Ich danke René Levy von der Faculté des sciences sociales et politiques der Universität Lausanne sowie Guido Hirschier und Hanspeter Kriesi vom Soziologischen Institut der Universität Zürich für wertvolle Anregungen zu dieser Arbeit.*

Wrong (1981, 49) erwähnt – die politische Soziologie in den Vereinigten Staaten nicht lange nach den ersten Uebersetzungen von Weber ins Englische entstand. Weber's Legitimationskonzept, seine Definitionen von "Staat" und "Macht" sowie seine Bürokratieanalysen sind heute noch wichtige Bestandteile der politischen Soziologie.

Die *Ausbreitung und Etablierung* der politischen Soziologie wurde durch den politischen Protest an den Universitäten wesentlich gefördert. Die theoretischen Ansätze beispielsweise aus der Schichtsoziologie vermochten dieses Phänomen nur ungenügend zu erklären, sodass sich die Notwendigkeit eines eigenständigen Forschungsbereiches "Politische Soziologie" mit aller Deutlichkeit zeigte. Die Folge war eine starke Expansion der politischen Soziologie, welche nach Olsen 1981, 40) dadurch dokumentiert wird, dass 1973 eine Fachzeitschrift gegründet wurde (Journal of Political and Military Sociology) und dass 1975/76 gemäss ASA-Directory 750 Personen die politische Soziologie als einen ihrer zwei wichtigsten Forschungsbereiche bezeichneten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den *Gegenstandsbereich* der politischen Soziologie abzugrenzen. S.M. Lipset (1967, 438) beispielsweise geht davon aus, dass sich die politische Soziologie mit Phänomenen beschäftige, die sich im Grenzbereich zwischen Politologie und Soziologie befinden. Zwei andere Möglichkeiten, den Gegenstandsbereich der politischen Soziologie zu bestimmen, werden von Olson (1981, 41/42) erwähnt. Beispielsweise Bendix (1968) verstehe unter politischer Soziologie die Analyse von Zusammenhängen zwischen dem politischen System und der Gesellschaft. Andere Autoren dagegen argumentieren, dass die politische Soziologie sich mit der Ausübung sozialer Macht beschäftige. Als Beispiele werden hier Olson (1970) und Martin (1977) angeführt.

Vor allem die erstgenannte Bestimmung der politischen Soziologie wirft die Frage auf, inwiefern sich *Unterschiede zur Politologie* ergeben: Was ist der spezifische Beitrag der politischen Soziologie zur Erforschung politischer Phänomene, wenn sich die Politologie mit denselben Phänomenen beschäftigt.

Meine *These* ist, dass die Perspektive der politischen Soziologie *stärker komparativ, weniger institutionengebunden* und *weniger normativ* ist als jene der politischen Wissenschaft.

Der komparative Charakter der politischen Soziologie äussert sich einerseits darin, dass dem Vergleich verschiedener politischer Systeme eine grosse Bedeutung zukommt. Aber auch zum Studium innerhalb eines bestimmten

politischen Systems spiegeln den komparativen Charakter der politischen Soziologie: Sie konzipieren staatliche Institutionen und deren Definitionen des politischen Geschehens als relativ und als selbst erklärungswürdig. Demgegenüber tendiert die politische Wissenschaft dazu, institutionelle Definitionen des politischen Systems zu übernehmen, und sich vor allem mit Fragestellungen zu beschäftigen, die sich aus diesen Definitionen, d.h. der Perspektive des politischen Systems ergeben. In der politischen Soziologie dagegen werden diese Definitionen selbst mitanalysiert.

Dieser Unterschied zwischen der Politologie und der politischen Soziologie kann beispielshaft an der Reaktion des Politologen L. Neidhart (1981) auf eine Studie des Soziologischen Instituts der Universität Zürich (Kriesi et al., 1981) aufgezeigt werden. Darin wird dieser Studie vorgeworfen, Politik (politische Aktivität) auf Protestphänomene zu reduzieren. Neidhard selbst dagegen tendiert aus einer politologischen Perspektive dazu, staatlich nicht anerkannte (Protest-) Phänomene nicht als politisch zu anerkennen:

> "Nicht jede soziale Protestaktion ist schon politisch, ganz einfach deshalb, weil der Staat ja nicht für die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme zuständig ist." (L. Neidhart, 1981)

Meiner Ansicht nach vermag sich die politische Soziologie vor allem dort zu *profilieren,* wo die institutionengebundene Betrachtungsweise der Politologie am offensichtlichsten zu kurz greift. Dies ist in den Grenzbereichen zwischen politischem System und Gesellschaft der Fall. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass Untersuchungen über *korporatistische Strukturen* und über *unkonventionelle Formen politischer Aktivität* die wohl wichtigsten Forschungsbereiche der politischen Soziologie in der Schweiz sind. Korporatistische Strukturen entziehen sich zum grossen Teil einer institutionengebundenen Betrachtungsweise. Und unkonventionelle Formen politischer Aktivierung entschwinden aus dem Gegenstandsbereich der politischen Wissenschaft, wenn sie als "unpolitisch" definiert sind.

Im *internationalen Bereich* zeigen sich analoge Unterschiede in der Perspektive von Politologie und politischer Soziologie. Beispielsweise wehrt sich die politische Soziologie dagegen, Regierungen a priori mit dem Volk zu identifizieren, das sie formal vertreten. Damit im Zusammenhang wird die institutionell vernakerte Trennung von Aussen- und Innenpolitik nicht unbesehen übernommen. Vielmehr thematisiert die politische Soziologie auch mögliche Zusammenhänge zwischen Innen- und Aussenpolitik.

Daraus folgt, dass sich die politische Soziologie nicht nur mit dem Zusammenhang zwischen Politik und Gesellschaft, sondern auch mit Zusam-

menhängen zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems beschäftigt. Diese können beispielsweise darin bestehen, dass Spannungen von einer politischen Ebene auf eine andere verlagert werden. [1]

2. POLITISCHE SOZIOLOGIE DER SCHWEIZ

2.1 EIN ENDE DER PARTIZIPATIONSDISKUSSION?

Seit mehr als zehn Jahren bildet die sogenannte Partizipationskrise ein zentrales Thema sowohl der Politologie als auch der politischen Soziologie. Das Problem war auch ein wichtiger Grund für die Durchführung eines nationalen Forschungsprogramms über Entscheidungsprozesse in der Schweizer Demokratie (NFP 6).

Aus soziologischer Perspektive interessiert neben den Gründen für den Rückgang der Stimmbeteiligung auch die Frage, warum dieser Rückgang als *Problem definiert* wird. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, dass die Partizipation aller Bürger in der Schweiz einen wesentlichen Legitimationsmechnaismus für Staat und Gesellschaft darstellt (vgl. Levy & Zwicky, 1980). Dieser Mechanismus hat bisher verhindert, dass sich elitistische Rechtfertigungen für eine geringe Partizipationsquote durchzusetzen vermochten. Eine solche Rechtfertigung würde betonen, dass die Herausbildung einer Elite unabdingbar ist und dass eine geringe Partizipation der Bürger den Spielraum der Elite vergrössere und rationalere Entscheide ermögliche (zur Unterscheidung zwischen elitistischen und partizipativen Demokratieansätzen vgl. beispielsweise Pateman, 1970).

Nach 1980 zeichnen sich in der Partzipationsdiskussion Tendenzen ab, die die *wahrgenommene Problematik der Stimmanstinenz verringern.* Einerseits ist die Beteiligung an Nationalratswahlen 1983 erstmals nicht mehr unter den Stand der Vorperiode (1979) gesunken. Andererseits – und dieser Aspekt scheint mir wichtiger zu sein – betonen neuere wissenschaftliche Studien Aspekte von Stimmabstinenz und Stimmbeteiligung, die die Wünschbarkeit einer höheren Stimmbeteiligung zumindest relativieren:

1) Gerade auf der internationalen Ebene hat Peter Heintz (1980), der kürzlich verstorbene Leiter des Soziologischen Instituts der Universität Zürich, Pionierarbeiten zur Formulierung einer spezifischen Perspektive der politischen Soziologie geleistet.

1. Vor allem in populärwissenschaftlichen Diskussionen der Stimmbeteiligung wird häufig behauptet, dass eine geringe Stimmbeteiligung primär ein Ausdruck von Zufriedenheit der Stimmbürger sei. Studien für die Schweiz (Neidhard & Hoby, 1977, 63; Zwicky, 1982, 158–64) und für die Vereinigten Staaten (Wright, 1976) haben aber empirisch nachgewiesen, dass Stimmabstinenz häufiger mit Unzufriedenheit als mit Zufriedenheit einhergeht.

2. Riklin & Kley (1981, 79) weisen darauf hin, dass die geringe Beteiligung in der Schweiz mit einer erhöhten Beanspruchung des Bürgers zusammenhängt. Die Zahl der Urnengänge sei höher als im Ausland und habe über die Zeit zugenommen. Hieraus kann gefolgert werden, dass die geringe Stimmbeteiligung eine "normale" Folge unseres politischen Systems sei und nicht der Ausdruck einer "Krise".

3. Aehnliche Implikationen haben Teile der Studie von Gruner & Hertig (1983). Hier wird argumentiert, dass der an Abstimmungen teilnehmende Bürger häufig überfordert sei und dass daher das Modell des rational entscheidenden Stimmbürgers nicht der Realität entspreche. Durch diese Abwertung der politischen Teilnahme wird eine Abstinenz weniger problematisch.

Der *spezifische Beitrag der politischen Soziologie* zur Frage der Stimmabstinenz in der Schweiz scheint vor allem darin zu bestehen, dass Stimmbeteiligung und Stimmverhalten nicht nur auf einer individuellen, sondern auch auf einer überindividuellen Ebene untersucht werden (zur Systematisierung von Mikro- und Makroanalysen politischer Aktivität in der Schweiz vgl. Levy & Zwicky 1980, 472). Die individuelle Analyseebene birgt nämlich die Gefahr in sich, dass empirische Zusammenhänge mit moralisierenden Kriterien vom "guten" oder "schlechten" Bürger vermischt werden. In politologischen Arbeiten wird diese Gefahr noch durch die oben beschriebene institutionsgebundene Betrachtungsweise verstärkt. Diese Gefahr ist deutlich geringer, wenn politisches Verhalten auf der Makroebene mit Merkmalen der gesellschaftlichen Struktur oder des politischen Systems in Verbindung gebracht wird (vgl. beispielsweise Nef 1979, Girod & Ricq 1970, Levy & Zwicky 1984).

Aus *soziologischer Perspektive* stellt die Frage der Abstimmungsteilnahme auch dann einen interessanten Forschungsbereich dar, wenn sie von politischen Institutionen nicht mehr als Problem definiert wird. Dies gilt vor allem dann, wenn die Abstimmungsbeteiligung in einem weiteren *Zusammen-*

hang mit anderen Verhaltensformen und gleichzeitig in einer *differenzierteren Weise* untersucht wird:

1. Die Teilnahme an Abstimmungen stellt nur eine mögliche Form politischen Verhaltens dar. *Unkonventionelle Formen der politischen Aktivität* wie beispielsweise Demonstrationen haben in der Periode, in der die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung zurückging, deutlich zugenommen (vgl. Kriesi et al., 1981).

2. Andererseits können ähnlich hohe (oder ähnlich tiefe) Partizipationsquoten *unterschiedliche Mobilisierungsmuster* verbergen. Schon Neidhard & Hoby (1977) haben zwischen einer Abstimmungsteilnahme aus Pflichtgefühl und einer solchen aus politischem Interesse unterschieden. Es kann vermutet werden, dass vor allem die Abstimmungsteilnahme aus *Pflichtgefühl* in den letzten Jahren sehr stark abgebaut wurde. [2] Dieser Prozess dürfte sich zunächst in den urbanen Zentren vollzogen haben, in den letzten Jahren dagegen stark auf eher ländliche Gebiete übergegriffen haben.
   Eine gewisse Unterstützung für diese Vermutung ergibt sich aus der Feststellung, dass die Stimmbeteiligung noch vor einigen Jahren vor allem in den urbanen Zentren gering war, heute jedoch in den ländlichen Gegenden mindestens ebenso häufig Tiefstwerte erreicht.

2.2 NEUE WERTE UND NEUE POLITIK

"Neue Werte" werden neuerdings auch in der Schweiz als Erklärung für politische Veränderungen (z.B. den Rückgang der Stimmbeteiligung) angeführt (vgl. beispielsweise Gruner & Hertig 1983). Die Anwendung dieser

2) Diese These könnte mit dem Argument von Gruner & Hertig (1983) in Verbindung gebracht werden, dass die Problemlösungskapazität des Stimmbürgers relativ gering ist. Man kann vermuten, dass dies vor allem in den Fällen zutrifft, in denen die Beteiligung auf "Pflichtbewusstsein" beruht. Wenn man davon ausgeht, dass der Anteil der so motivierten Partizipanten zurückgegangen ist, hiesse das, dass die Ueberforderung des Stimmbürgers aufgrund einer mangelnden Problemlösungskapazität ebenfalls zurückgegangen ist.

These auf die Schweiz scheint mir in der vorliegenden Form aber *zu wenig präzis und zu unsystematisch* zu sein. Beispielsweise bleibt die Frage offen, ob es sich um eine grundsätzlich neue Dimension der Politik handelt oder lediglich um Werte, die noch nicht institutionalisiert sind und daher die Politik nur vorübergehend (d.h. bis zur Institutionalisierung der Werte) verändern. Die Frage der Institutionalisierung neuer Werte könnte unter Bezugnahme auf eine Arbeit von Heintz (1981) systematisch diskutiert werden.

Die These der neuen Werte hat einen wichtigen *Vorläufer* im Konzept der "end of ideology", welches vor allem von Daniel Bell in den 50-er Jahren vertreten wurden (für eine Uebersicht über das Konzept und seine Geschichte vgl. Lipset, 1981, chapter 15). Dieses Konzept sagte für die kommenden Jahre einen Rückgang der "Ideologisierung in der Politik" voraus. Kritiker haben später argumentiert, dass die Studentenrevolten Ende der 60-er Jahre das Konzept widerlegt hätten. Verteidiger des Konzeptes haben entgegengehalten, dass der Begriff Ideologie von den Kritikern falsch verstanden worden sei. Mit Ideologie meine das Konzept vor allem Klassenideologie, also die Bindung von politischen Ansichten an soziale Positionen. Und in diesem Sinne habe sich das Konzept bestätigt: Die Korrelation zwischen der sozialen Stellung und beispielweise dem Stimmverhalten sei schwächer geworden: In praktisch allen hochentwickelten Ländern zeige sich, dass Arbeiter weniger einheitlich für linke Parteien stimmen als früher.

Verteidiger der "end-of-ideology"-These führen die Studentenproteste ebenfalls als Unterstützung für ihre Vorhersage an: Dass die Studenten als privilegierte Gruppe protestiert hätten, zeige, dass sich die alten Klassenlinien bzw. deren ideologische Entsprechung in der Auflösung befänden.

Unter Bezugnahme auf das "end-of-ideology"-Konzept kann argumentiert werden, dass *Studenten und Intellektuelle* die gesellschaftlichen Träger neuer Werte sind. In dem Masse, in dem Intellektuelle in einer Gesellschaft an Einfluss gewinnen, diffundieren auch neue Werte und neue Formen der Politik (vgl. beispielsweise Ladd & Lipset 1976; Gouldner, 1980; Kriesi, 1984; Schelsky, 1960).

Diese Argumentationslinie kann sich bis auf Schumpeter zurück berufen, welcher in den Intellektuellen schon früh die Träger einer "kapitalismusfeindlichen" Kultur sah, die letztlich zum Untergang dieser Gesellschaftsform führe.

Der unmittelbarste Vorläufer der These von den neuen Werten dürfte Inglehart (1977) sein, der die Entstehung und Verbreitung *post-materialistischer* Werte in hochentwickelten Ländern beschrieb. Sein Konzept ist von

Flanagan (1982) dahingehend kritisiert worden, dass Post-Materialismus ein Konglomerat zweier unabhängiger Wertdimensionen sei, nämlich eines eigentlichen Post-Materialismus im Sinne einer Relativierung von materiellen Werten sowie einer Libertarismus-Dimension, die Selbstverwirklichungsziele und Toleranz beinhalte. Als Träger der zweitgenannten Dimension sind wiederum vor allem Intellektuelle in Betracht zu ziehen. Die erste Dimension, der eigentliche Post-Materialismus, ist nach Flanagan (1982) direkt aus dem materiellen Ueberfluss in hochentwickelten Ländern herzuleiten. Bei einer materiellen Verknappung in diesen Ländern würde der eigentliche Post-Materialismus demzufolge relativ schnell wieder verschwinden, wogegen die Libertarismus-Dimension sehr viel unabhängiger von der materiellen Lage ist.

Die erwähnten Arbeiten und Diskussionen über neue Werte könnten folgendermassen auf die politische Situation in der *Schweiz* konkretisiert werden:

Auf dem Hintergrund eines höheren Bildungsniveaus und stärker universalistischer Kulturen in den urbanen Zentren der Schweiz verlagern sich die politischen Anliegen der Bürger immer stärker auf neue Probleme, die politisch noch nicht institutionalisiert sind. Dabei löst sich die traditionelle Fixierung auf institutionalisierte Partizipationskanäle (Volksabstimmungen, Wahlen, Volksinitiativen und fakultative Referenden) auf. Gleichzeitig wird das politische Verhalten in zunehmendem Masse von unmittelbaren, kurzfristigen Interessen bestimmt, während das Interesse an langfristigen Problemlösungen eher zurückgeht.

Eine mögliche Massnahme, die dieser Entwicklung Rechnung tragen würde, wäre die Einführung neuer Formen der Volksinitiative, die in stärkerem Masse die unmittelbaren Anliegen der Bürger abdecken. Eichenberger (1983) hat in diesem Sinne vorgeschlagen, sogenannte Verwaltungsinitiativen einzuführen.

2.3 SOZIALE BEWEGUNGEN

Die Analyse sozialer Bewegungen bildet einen wichtigen Teilbereich der politischen Soziologie. Dabei interessieren nicht nur die Bewegungen selbst, sondern auch die politischen Ereignisse (z.B. Demonstrationen), die aus einer Bewegung hervorgehen. Soziale Bewegungen wurden schon untersucht, bevor es eine politische Soziologie gab (vgl. z.B. die Arbeit von Blumer, 1957;

erstmals veröffentlicht 1946). Und noch heute bringt der Begriff der "soziale" Bewegung zum Ausdruck, dass eine Abgrenzung von politischen und nicht-politischen Bewegungen fragwürdig ist.

Studien über soziale Bewegungen in der *Schweiz* sowie die politischen Ereignisse, die aus diesen Bewegungen hervorgegangen sind, entstanden vor allem im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 6 (vgl. Giger, 1980 und Levy, 1981 zum Umweltschutzbereich; Kriesi, 1982 zur Anti-AKW-Bewegung, Kriesi, 1984 zur Jugendbewegung in Zürich; schliesslich Kriesi et al 1981 zu einer themenübergreifenden Analyse von Aktivierungsereignissen). Früher ist vor allem die Anti-Ueberfremdungsbewegung analysiert worden (vgl. beispielsweise Windisch 1978).

In der bisherigen Literatur zu sozialen Bewegungen in der Schweiz sind einige Aspekte noch nicht oder nur ungenügend untersucht worden. Einerseits fehlt eine systematische Verknüpfung zwischen der Analyse einzelner politischer Ereignisse und sozialen Bewegungen. Sodann wurden meiner Ansicht nach bisher weder die Organisationsstrukturen von Bewegungen, noch ihre Strategien und Symbole genügend detailliert analysiert. [3]

In den *Vereinigten Staaten* beschäftigen sich neuere Arbeiten mit der veränderten Situation für soziale Bewegungen in einer Aera, die von konservativen Tendenzen dominiert ist (vgl. Dentich 1982). Sodann werden soziale Bewegungen in zunehmendem Masse unter einer voluntaristischen Perspektive diskutiert, d.h. man beschäftigt sich mit der Frage, wie soziale Bewegungen "gemacht" werden. So trägt beispielsweise ein letztes Jahr an einem amerikanischen Soziologenkongress präsentiertes Papier den Titel "The production of anti-nuclear discourse: movement literature as movement motive".

In *theoretischer Hinsicht* ist in der Literatur über soziale Bewegungen festzustellen, dass sich in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Die Perspektive der sozialen *Integration* ist durch die Perspektive der *Ressourcenmobilisierung* abgelöst werden (für eine eingehende Erläuterung

3) Die Vernachlässigung dieser Fragestellungen hat möglicherweise nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Gründe. Es scheint, dass der Vorbehalt sozialer Bewegungen gegen wissenschaftliche Forschungen gerade in diesen Bereichen besonders gross ist, da solche Informationen am ehesten gegen eine Bewegung eingesetzt werden könnten.

dieser beiden Perspektiven und einer Aufzählung der ihnen zugeordneten Arbeiten vgl. Ramirez, 1981). Dieser Paradigmenwechsel ist eine Folge der Erkenntnis, dass soziale Bewegungen nicht vor allem dort entstehen, wo Benachteiligungen und Konflikte am grössten sind, sondern dort, wo genügend Ressourcen für eine soziale Bewegung vorhanden sind. Im Hinblick auf die Artikulationsmöglichkeiten der Unterpriveligierten heben beispielsweise Piven & Cloward (1977) hervor, dass diese ihre Anliegen deshalb nicht politisch artikulieren, weil sie nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen:

> "The occasion when protest is possible among the poor, the forms it must take, and the impact it can have are all delimited by the social structure in ways which usually diminish its extent and diminish its force." (Piven & Cloward 1977: 3)

Das Paradigma der Ressourcenmobilisierung hat die Aufmerksamkeit auch auf Fragen der *Reaktion auf soziale Bewegungen* gelenkt. Von besonderem Interesse sind dabei die Gründe für repressive Massnahmen und deren Wirksamkeit. Repression führt nicht nur dazu, dass sich die "Kosten" sozialer Bewegungen erhöhen. Im Gegenteil können repressive Massnahmen unter bestimmten Bedingungen zu einem Aufschwung einer sozialen Bewegung führen, indem beispielsweise die interne Kohärenz der Bewegung oder ihre Legitimität in der Oeffentlichkeit erhöht werden. Repressiven Massnahmen gegen soziale Bewegungen kommt häufig auch eine Auslöserfunktion für Gewaltanwendung durch die Bewegung zu. Vor allem Tilly (1978, 177) hat argumentiert, dass Gewalt häufiger von Ordnungskräften ausgelöst wird als von den sozialen Bewegungen selbst.

Für die Schweiz zeigt sich, dass repressive Tendenzen in der Gesetzgebung (z. B. Bundessicherheitspolizei) oder konkrete Repressionsfälle (z.B. Redeverbote für ausländische Marxisten) relativ häufig politische Aktivierungen ausgelöst haben (für eine kurze Uebersich vgl. 'Actes', 1982).

Gamson (1975, 72 ff.) hat in einer empirischen Studie sozialer Bewegungen in den Vereinigten Staaten nachgewiesen, dass die Benutzung *gewaltsamer Mittel* in einer positiven Beziehung zum Erfolg sozialer Bewegungen steht. Kriesi (In: Kriesi et al., 1981, 584) konnte dieses Ergebnis für politische Ereignisse in der Schweiz allerdings nicht bestätigen. Es ist denkbar, dass hierin ein für soziale Bewegungen relevanter Unterschied des kulturellen Kontextes in den Vereinigten Staaten und der Schweiz zum Ausdruck kommt. Ein solcher Unterschied dürfte vor allem auf zwei Aspekten beruhen:

1. Gewalt an sich ist in den Vereinigten Staaten weniger illegitim als in der Schweiz. Dies kommt beispielsweise in einer sehr viel höheren Gewaltkriminalität zum Ausdruck. Aus diesem Grunde würden in den Vereinigten Staaten die politischen Anliegen einer sozialen Bewegung, die Gewalt anwendet, in geringerem Masse dequalifiziert.

2. Gleichzeitig basiert das amerikanische Recht auf einem anderen Rechtsverständnis. Recht und Unrecht bemisst sich weniger an absoluten Prinzipien (wie beispielsweise: Keine Gewaltanwendung), sondern berücksichtigt in stärkerem Masse auch situative Faktoren.

2.4 DER MAKROBEZUG POLITISCHEN GESCHEHENS: LEGITIMITÄT UND STABILITÄT

Eine zentrale Aufgabe der politischen Soziologie besteht meiner Ansicht nach darin, politische Ereignisse in Beziehung zu gesellschaftlichen Faktoren auf einer Makroebene zu bringen. Dabei geht es einerseits darum, diese politischen Ereignisse mit Hilfe von Makrogrössen der Struktur und der Kultur zu erklären. Andererseits ist damit aber auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Stellenwert politischer Ereignisse gestellt: Ist beispielsweise die beobachtete Zunahme von Demonstrationen in der Schweiz Ausdruck eines grundlegenden sozialen Wandels?

Im deutschen Sprachraum sind solche Fragen vor allem unter dem Etikett der "Legitimitätskrise" diskutiert worden (vgl. beispielsweise Habermas, 1973 oder Ebbighausen, 1976). Im angelsächsischen Sprachraum hat sich die entsprechende Diskussion eher um die Begriffe der Stabilität (vgl. beispielsweise Easton, 1965) und der Autorität (vgl. Eckstein & Gurr, 1975) herum gruppiert.

Vor allem der Begriff der Legitimität ist in der bisherigen Diskussion durch Inkonsistenzen gekennzeichnet, welche es sinnvoll erscheinen lassen, ihn präziser zu definieren. So hat Bensman (1979) nachgewiesen, dass das Legitimitätskonzept Max Weber's, auf den sich auch heute noch ein Grossteil der Autoren beruft, durch mindestens fünf verschiedene Definitionen von Legitimität gekennzeichnet ist.

Ich habe vorgeschlagen, den Begriff der *Legitimität* auf die subjektive Bewertung von Staat und Gesellschaft durch Individuen einzuschränken. Dagegen könnte man unter *Stabilität* eine Erhaltung der Gesellschaft verstehen, eine Absenz von sozialem Wandel (vgl. Zwicky, 1982, 52/53). Der Begriff der Legitimität entspricht in diesem Verständnis der subjektiven Perspektive von Individuen, jener der Stabilität dagegen der Perspektive der Gesamtgesellschaft. [4] Eine Folge dieses Konzeptes ist dann, dass Legitimität zwar einen wichtigen Faktor gesellschaftlicher Stabilität darstellt, aber nicht den einzigen. Aufgrund eines solchen Verständnisses der beiden Begriffe haben beispielsweise Useem & Useem (1979) argumentiert, dass in den Vereinigten Staaten nach 1970 zwar die Legitimität der Regierung zurückgegangen ist, dass aber politische Proteste, die erst die Stabilität bedroht hätten, nicht zugenommen haben.

Ausgehend von einem solchen begrifflichen Instrumentarium kann man verschiedene Ebenen unterscheiden, auf denen sich entscheidet, ob die Stabilität einer Gesellschaft bedroht ist (vgl. Zwicky, 1982, 52–84). Diese Ebenen seien im folgenden unter dem Aspekt der Stabilisierung diskutiert. Mit umgekehrten Vorzeichen könnte man genausogut über politische Destabilisierung bzw. sozialen Wandel sprechen.

1. Die gesellschaftliche Struktur kann beispielsweise in Form einer geringen Ungleichheit zur Stabilität beitragen.

2. Problematische Aspekte einer Gesellschaftsstruktur (beispielsweise eine grosse Ungleichheit) können nicht oder in reduziertem Masse wahrgenommen werden. Beispielsweise unterschätzt man den Reichtum der Reichen oder man hat das Gefühl, dass sie auch entsprechend mehr arbeiten, auch wenn das nicht der Wirklichkeit entspricht.

3. Stabilität kann auch dadurch erzeugt werden, dass die Mitglieder einer Gesellschaft vor allem die Werte hoch einstufen, die von einer Gesellschaft bereitgestellt werden. In unseren hochentwickelten Gesellschaften erhöht sich beispielsweise die Stabilität, wenn materielle Werte an Relevanz gewinnen. Die Stabilität geht eher zurück, wenn eine gesunde Umwelt zum zentralen Wert der Bürger wird.

4) Die gleichen Bezugspunkte gelten natürlich auch für die Gegenbegriffe von Legitimität und Stabilität, nämlich Illegitimität und Labilität bzw. sozialen Wandel (vgl. Zwicky 1982: 53).

4. Auf einer weiteren Ebene kann eine Gesellschaft dadurch stabilisiert werden, dass den Unzufriedenen die Ressourcen entzogen werden, sich zu artikulieren (vgl. hierzu die Diskussion des Paradigmas der Ressourcenmobilisierung in Abschnitt 3.3.).

5. Schliesslich bleibt noch die Möglichkeit, die Stabilität einer Gesellschaft durch Repressionen zu retten. Repressionen können aber – wie ich ebenfalls in Abschnitt 3.3 ausgeführt habe – kontraproduktiv sein und eine Destabilisierung auf anderen analytischen Ebenen bewirken.

Verschiedene *neuere Veröffentlichungen* thematisieren den Makrobezug politischer Phänomene. Zum einen wird weiterhin das Legitimitätskonzept an sich sowie die Legitimitätssituation in hochentwickelten Staaten erörtert (vgl. Friedrichs, 1980; Beisenherz, 1980 oder Kopp & Müller 1980). In zunehmendem Masse wird auch versucht, die Erscheinung politischen Protests systematisch in die Legitimitätsdiskussion zu integrieren. Sodann geben einige neuere Arbeiten einen Ueberblick über Stabilisierungsmechanismen in hochentwickelten Gesellschaften (vgl. beispielsweise Pirages, 1980 oder Mehlich, 1983, Kapitel 1).

Vor allem die Arbeit von Mehlich (1983) scheint mir die neueste Entwicklung in diesem Forschungsbereich gut zu charakterisieren. Ausgehend von einem Konzept, welches systematisch zwischen "Legitimität" und "Stabilität" unterscheidet, versucht er, politische Proteste unter Bezugnahme auf grundlegende Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft zu interpretieren. Es wird argumentiert, dass politische Proteste aus einer funktionalistischen Perspektive auf Entdifferenzierungsprozesse in der Gesellschaft zurückgeführt werden können. Demnach gründet politischer Protest unter anderem darin, dass die Verwaltung politisiert und die Politik bürokratisiert wird. Aus seiner Analyse folgert Mehlich (1983), dass ein Ausbau der Partizipationskanäle für die Bürger nötig ist um diese Entdifferenzierungsprozesse besser zu kontrollieren.

2.5 POLITISCHE ELITEN IN DER SCHWEIZ: EIN PARADEFALL KORPORATISTISCHER STRUKTUREN?

Der bisherige Ueberblick über Forschungstendenzen in der politischen Soziologie hat sich auf das Verhalten und auf Einstellungen von Bürgern

beschränkt. Diese werden aber entscheidend durch das Verhalten und die Struktur von Eliten beeinflusst. Die Untersuchung politischer Eliten stellt denn auch einen weiteren Forschungsschwerpunkt der politischen Soziologie in der Schweiz dar.

Den wohl wichtigsten theoretischen Hintergrund für Elitestudien stellt das sogenannte *Korporatismuskonzept* dar. Kriesi (1983) hat in dieser Zeitschrift einen informativen Ueberblick über den Stand der Korporatismus-Debatte gegeben. Dabei weist er darauf hin, dass nach Schmitter (1981, 66) zwischen zwei Konzepten von Korporatismus zu unterscheiden ist: Einer "besonderen Ausgestaltung der Verbandssystems-" (Korporatismus 1) und einer "spezifischen Form der Politikformulierung" (Korporatismus 2). Bezüglich des Korporatismus 1 stellt sich sodann die Frage, ob es sinnvoll ist, den Begriff so eng an die Struktur des Verbandssystems zu binden wie Kriesi (1983, 239) das vorschlägt. Eine Alternative bestünde meiner Ansicht nach darin, den Begriff des Korporatismus breiter zu fassen und darunter eine Form der Interessenvermittlung im politischen System zu verstehen, die *nicht* über die traditionellen Kanäle des pluralistischen Parteiensystems zustande kommt. Verbände würden dann eine Möglichkeit solcher Interessenvermittlungen darstellen, aber nicht die einzige.

Damit könnte meiner Ansicht nach auch die Unsicherheit bei der Beantwortung der Frage behoben werden, welches der Stellenwert korporatistischer Strukturen in der Schweiz ist. Es ist argumentiert worden, die Schweiz sei lediglich "quasi-korporatistisch" (vgl. Kriesi, 1983, 247 ff). Und das aus folgenden Gründen:

(1) Der Staat sei zu liberal und mische sich zuwenig in Tarifverhandlungen ein.

(2) Die Linke sei zu schwach als dass sich korporatistische Strukturen entwickeln könnten.

(3) Die starke Dezentralisierung erschwere die Herausbildung korporatistischer Strukturen.

Meiner Ansicht nach könnte man diesen Argumenten folgendes entgegenhalten:

(1) Eine Heraushaltung des Staates aus bestimmten Fragen wie Tarifverhandlungen sagt nichts darüber aus, wie wichtig korporatistische Strukturen in den politischen Bereichen sind, in denen er aktiv wird.

(2) Korporatistische Strukturen müssen nicht notwendigerweise auf einem Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern beruhen.

(3) Die Dezentralisierung in der Schweiz kann gerade als ein Grund für die Herausbildung korporatistischer Strukturen gesehen werden. Die Ueberschaubarkeit und geringe räumliche Ausdehnung auf tieferen Systemebenen begünstigt korporatistische Strukturen.

Darüber hinaus ist meiner Ansicht nach auf spezifische Merkmale der Gesellschaft und des politischen Systems der Schweiz hinzuweisen, die zu einem Bedeutungsgewinn korporatistischer Strukturen führen. Es sind dies:

- Die Kleinheit und Ueberschaubarkeit der Schweiz, welche informelle Kontakte erleichtert.

- Die Konkordanzdemokratie, welche unter anderem die Thematisierung grundlegender gesellschaftlicher und politischer Alternativen verhindert.

- Das Milizparlament, welches die Anhängigkeit von korporatistischen Strukturen erhöht, da die Milizparlamentarier durch die Komplexität der Probleme stärker überfordert werden.

Eine Folge dieser gesellschaftlichen und politischen Faktoren stellt die Institutionalisierung von *Vernehmlassungen* dar. Diese sind wahrscheinlich das sicherste Zeichen für die Bedeutung korporatistischer Entscheidungsstrukturen in der Schweiz (vgl. u. a. Kriesi, 1979).

Ueber die *Struktur der politischen Elite* liegt eine umfangreiche Studie von Kriesi (1980) vor. Darin kann gezeigt werden, dass – durchaus im Einklang mit dem Korporationsmodell – Verbandsvertreter, Mitglieder der Bundesverwaltung und wissenschaftliche Experten sowohl im inneren als auch im äusseren Kreis der politischen Elite stark vertreten sind. Dieser nicht demokratisch legitimierte Teil der politischen Elite kennzeichnet eine Umgebung des durch Parteien und Parlament repräsentierten pluralistischen Demokratiemodells.

Ueber das *Parlament* liegen zwei empirische Arbeiten von Hertig (1980) und Kerr (1981) vor.

Fux & Nadai (1983) geben ein Beispiel für weitere Untersuchungen über die politische und gesellschaftliche Elite der Schweiz. Sie analysieren den *militärisch-industriellen Komplex* und weisen gleichzeitig darauf hin,

dass die bisherige Elitenforschung die kulturell-ideologischen Korrelate von Elitestrukturen sowie deren gesellschaftlichen Auswirkungen vernachlässigt hat.

3. KOMPARATIVE POLITISCHE SOZIOLOGIE

Ich habe in der Einleitung darauf hingewiesen, dass eine komparative Perspektive ein wesentliches Merkmal jeder politischen Soziologie ist – auch wenn sie sich mit politischen Phänomenen in der Schweiz beschäftigt. Die im folgenden diskutierten Arbeiten analysieren darüber hinaus explizit Unterschiede zwischen Ländern.

3.1 GRUNDMERKMALE POLITISCHER SYSTEME

In diesem Abschnitt sollen einige Grundmerkmale politischer Systeme diskutiert werden. In der komparativen Literatur steht dabei im allgemeinen die Frage im Vordergrund, welche Faktoren eine *Entstehung und die Erhaltung demokratischer Strukturen* fördern. Als eine wesentliche Voraussetzung für Demokratien wird dabei ein bestimmtes Niveau materiellen Wohlstandes betrachtet:

> "From Aristotle down to the present, men have argued that only in a wealthy society in which relatively few citizen lived at the level of real poverty could there be a situation in which the mass of the population intelligently participate in politics and develop the self-restraint necessary to avoid succumbing to the appeals of irresponsible demagogues."
> (Lipset, 1981, 31)

Diese Grundthese wurde im Rahmen des *Modernisierungsparadigmas* dahingehend umformuliert, dass wirtschaftliche Entwicklung, operationalisiert durch das Pro Kopf Einkommen eines Landes, eine notwendige und auch hinreichende Bedingung für die Entwicklung demokratischer Strukturen sei. Die Beschränktheit der modernisierungs-theoretischen Version der Wohlstand/Demokratie-These wurde aber durch eine grosse Zahl von Entwicklungsländern offengelegt, in denen demokratische Versuche trotz hoher Wachstumsraten scheiterten. Daraus folgt unter anderem, dass Demokratien nicht nur

ein relativ hohes Entwicklungsniveau, sondern auch eine einigermassen egalitäre Verteilung des Wohlstandes voraussetzen.

Vor allem amerikanische Autoren haben sich sodann intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, warum die *sozialistische Bewegung* in den Vereinigten Staaten schwächer ist als in den westeuropäischen Ländern, mit der Frage also: "Why there is no socialism in the United States?" Die Antwort von Autoren wie Lipset (1981, 465) ist, dass die Absenz feudalistischer Strukturen und die amerikanische Revolution sozialistische Bewegungen "unnötig" gemacht haben. Damit ist das Argument verbunden, dass sozialistische Bewegungen in Europa weniger das Resultat von kapitalistischen als vielmehr von präkapitalistischen, also feudalistischen Strukturen sind. Eine interessante Konkretisierung dieses Grundmodells durch Lipset (1983) schliesst auch die Schweiz in einen Vergleich verschiedener hochentwickelter Staaten ein. Dabei argumentiert Lipset, dass die Schweiz relativ ähnliche Bedingungen wie die Vereinigten Staaten aufweise und daher die sozialistische Bewegung auch schwächer sei als in anderen europäischen Staaten. Als Gründe führt Lipset an, dass einerseits die Klassenstruktur in der Schweiz nicht so rigide ist wie in anderen Ländern und, dass andererseits die politischen Rechte äusserst früh gewährleistet wurden. Dies habe der sozialistischen Bewegung eine wichtige Möglichkeit genommen, sich politisch zu profilieren. Die geringe "Rigidität der schweizerischen Sozialstruktur" wird von Lipset (1983) nicht weiter hergeleitet. Man könnte aber argumentieren, dass sie historisch durch die Tatsache erklärt werden kann, dass die schweizerische Aristokratie in zwei "Revolutionen" entmachtet wurde: Einerseits bei der Vertreibung der Habsburger Aristokratie im 13. und im Rahmen der Sonderbundskriege im 19.Jahrhundert.

3.2 PARTIZIPATION, POLITISCHE KONFLIKTE UND REVOLUTIONEN

Ein wichtiger Forschungszweig in der komparativen politischen Soziologie beschäftigt sich mit der Frage, welches die Determinanten politischer Aktivität von Bürgern sind und, unter welchen Bedingungen Bürgeraktivitäten zu grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen führen.

Die *Partzipation des Bürgers in konventionellen Kanälen* (z.B. Wahlbeteiligung) wurde von Verba, Nie & Kim (1978) im Rahmen einer Sieben-Länder-Studie untersucht. Dabei stand weniger das Gesamtmass der Partizipation im Vordergrund als vielmehr die Frage, in welcher Beziehung die

Partizipation zur Schichtlage steht. Die Autoren finden (1978, 120), dass in den Vereinigten Staaten die oberen Sozialschichten unter den Partizipierenden in stärkerem Masse übervertreten sind als in den anderen untersuchten Ländern. Dieses Ergebnis wird durch die Schwäche der Institutionen in den Vereinigten Staaten erklärt, welche verhindert, dass untere soziale Schichten durch institutionelle Bindungen zu einer stärkeren Partizipation veranlasst werden. Es fehlen also Institutionen, die die Benachteiligung der unteren sozialen Schichten bezüglich Partizipationsressourcen wie Bildung oder finanziellen Möglichkeiten kompensieren.

Eine andere Mehrländerstudie hat auch *unkonventionelle Formen politischer Aktivität* in Betracht gezogen, also beispielsweise die Teilnahme an Demonstrationen. Allerdings werden in dieser Arbeit Unterschiede zwischen den Ländern nur relativ oberflächlich erklärt. Eine der wenigen Thesen, die aufgestellt wird, erwartet eine stärkere unkonventionelle politische Aktivität in den Ländern, in denen keine linken Parteien in der Regierung vertreten sind (vgl. Barnes & Kaase, 1979, 436). Diese These findet in den untersuchten Ländern auch eine empirische Unterstützung. In einer neueren Uebersichtsarbeit werden unkonventionelle Formen politischer Aktivität (politischer Protest, politische Konflikte) gezielter auf Determinanten hin diskutiert (vgl. Zimmermann, 1980). Zudem werden in den hier diskutierten Untersuchungen auch Entwicklungsländer in den Vergleich einbezogen, während sich die Arbeit von Barnes & Kaase (1979) auf hochentwickelte Länder beschränkte. Einige Ergebnisse der Arbeit von Zimmermann (1980) können folgendermassen zusammengefasst werden:

1. Mit steigendem Entwicklungsniveau nimmt zwar die Häufigkeit von Rebellion deutlich ab, schwächere Formen politischen Protests sind aber in hochentwickelten Ländern mindestens ebenso häufig wie in Entwicklungsländern (Zimmermann, 1980, 176/77). Dieses Ergebnis ist zweifelsohne im Zusammenahng mit einer geringeren Bereitschaft zu repressiven Massnahmen in hochentwickelten Ländern zu sehen.

2. Eine ungleiche interne Wohlstandsverteilung ist positiv mit der Häufigkeit gewaltsamer Konflikte korreliert (vgl. Zimmermann, 1980, 202; Zwicky & Heintz, 1982: 276).

3. Ein hohes Bildungsniveau in einem Land und die Existenz demokratischer Strukturen sind im allgemeinen mit weniger Rebellion und Gewaltkonflikten verknüpft, wogegen die Häufigkeit leichterer politischer Konflikte (z. B. Protestdemonstrationen ohne Gewalt) nicht sinkt (vgl. Zimmermann, 1980, 184/85; Zwicky & Heintz, 1982, 274 und 276).

In neueren Forschungen wird zunehmend auch die Frage gestellt, welche Faktoren darüber entscheiden, ob eine Regierung zu *repressiven Massnahmen* greift. Dabei kann beispielsweise argumentiert werden, dass eine Regierung bei grosser interner Ungleichheit in stärkerem Masse bedroht ist und eher Repression einsetzt (vgl. Williams & Timberlake, 1983). Die empirische Bestätigung dieser These ist allerdings umstritten. Während bei Zwicky & Heintz (1982, 274) der erwartete positive Zusammenhang zwischen der Ungleichheit der Einkommensverteilung und einem Repressionsindikator gefunden wird, ergibt sich in der Analyse von Williams & Timberlake (1983) kein entsprechender Zusammenhang. [5]

Bergesen (1977) untersucht die Häufigkeit politischer Säuberungen in 39 Ländern und kommt zum Schluss, dass in Ländern mit einem Mehrparteiensystem sowohl die Gesamtzahl von Hexenjagden als auch ihre Verbreitung über verschiedene institutionelle Bereiche geringer ist. Goldstein (1981) ergänzt die Diskussion mit dem Hinweis, dass politische Repression in der Geschichte der heute hochentwickelten Länder ebenso häufig war wie in den heutigen Entwicklungsländern:

> "What is rarely noted, however, is how similar this and other incidents of political repression and human rights violations in the third world today are to events in ninteenth century Europe."
>
> (Goldstein, 1981, 162)

Für die Schweiz kommt Goldsteins historische Analyse zum Schluss, dass hier das Repressionsniveau gesamthaft relativ gering war, dass aber auch hier vor 1830 Repression ein wichtiges politisches Insturment war.

5) Es sind verschiedene Erklärungen für diese abweichenden Ergebnisse möglich. Zum einen differiert die Sampelgrösse der beiden Studien. Sodann kontrollieren Williams & Timberlake (1983) die Häufigkeit gewaltsamer Konflikte und einen Indikator für das Ausmass, in dem Gruppen von der Teilnahme an politischen Prozessen ausgeschlossen sind. Diese Kontrollgrössen sind aus einem theoretischen Gesichtspunkt zumindest fragwürdig, weil sie bestimmte Aspekte von Repression vorwegnehmen. Schliesslich brauchen Williams & Timberlake (1983) keinen Indikator für die Gesamtungleichheit der Einkommensverteilung, sondern messen den Einkommensanteil der reichsten 10 '/. der Bevölkerung.

Ein dritter Strang innerhalb dieses Forschungsbereichs befasst sich vor allem mit der Frage, wie es zu *erfolgreichen Revolutionen* kommt. Die Arbeit von Skocpol (1979) führt aufgrund einer komparativ-historischen Analyse zum Ergebnis, dass Staatsstrukturen einen wichtigen, bisher weitgehend vernachlässigten Faktor zur Erklärung von Revolutionen darstellen:

> "In any event, what matters most is always the support or acquiescence not of the popular majority of society but of the politically powerful and mobilized groups, invariably including the regime's own cadres." (Skocpol, 1979, 32).

3.3 POLITIK ALS DYNAMISCHE KRAFTEKONSTELLATION: DAS KONZEPT DES POLITISCHEN REGIMES

Das Konzept des politischen Regimes stellt einen Versuch dar, die Konsequenz aus zwei offensichtlichen Schwachstellen der Vorstellung einer engen Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie zu ziehen. Einerseits hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gezeigt, dass sich bei bestimmten Entwicklungspfaden die Chancen für ein demokratisches System eher verringern. Ein zweites Problem besteht darin, dass in traditionellen Untersuchungen dieser Verbindung der Demokratisierungsgrad eines Landes aufgrund äusserst formalistischen Kriterien bestimmt wurde. Solche Masse sagen aber nur wenig darüber aus, ob ein Staat auch wirklich demokratisch funktioniert.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit eines differenzierten und weniger formalistischen Konzeptes zur Beschreibung politischer Kräftekonstellationen:

> "Die politischen Verhältnisse . . . in den Entwicklungsländern sind von einer enormen, ja verwirrenden Vielfalt, und ihre Dynamik ist auf der Ebene der einzelnen politischen Regimes bzw. des Wechsels von Regimes einzelner Länder und auf der Ebene der durch den Wandel der Weltgesellschaft bedingten Selektion politischer Regimes nur sehr schwe erkennbar." (Heintz & Hischier, 1983, 101)

Wegen der beschriebenen Komplexität der politischen Konstellationen in Entwicklungsländern hat Peter Heintz eine Typologie von Regimes entwickelt, die aus dem Arrangement von gesellschaftlichen Kräften im Innern

eines Landes abgeleitet ist. Die Kräfte und die ihnen zugrundeliegenden Spannungen sind einerseits aus dem internationalen Entwicklungssystem abgeleitet, beispielsweise das Potential für wirtschaftliche Entwicklung. Andere Kräfte wie das sogenannte Klassenpotential basieren auf internen Spannungen.

Die differenziertere Version der *Typologie politischer Regimes* umfasst 13 Regimetypen, welche an dieser Stelle nicht alle erwähnt werden können (vgl. dazu Heintz & Hischier, 1983, 110). Zur Verdeutlichung des theoretischen Konzeptes seien lediglich drei Grundtypen beschrieben:

1. Das kapitalistische Regime: Dieses ist durch eine Koalition der politischen Macht mit der Wirtschaftsmacht gekennzeichnet. Die Koalition steht in einem antagonistischen Verhältnis zu politischen Potentialen (aus Klassen- oder aus Entwicklungsspannung).

2. Das sozialistische Regime: Hier geht die politische Macht eine Koalition mit dem politischen Potential, das aus der Klassenspannung abgeleitet ist, ein.

3. Das demokratische Regime: Dieses Regime ist durch alternierende Koalitionen der politischen Macht mit der Wirtschaftsmacht und mit politischen Potentialen gekennzeichnet.

Die Ergebnisse der *empirischen Analyse politischer Regimes im Zeitraum 1960–1977* können an dieser Stelle nur unvollständig wiedergegeben werden. Immerhin soll darauf hingewiesen werden, dass sich zwischen den verschiedenen Regimetypen deutliche Unterschiede besipielsweise bezüglich des Wirtschaftswachstums, der Inflationsrate und der Konflikthäufigkeit ergeben:

- Wirtschaftswachstum, aber auch Inflationsrate erweisen sich in kapitalistischen Regimes als überdurchschnittlich (vgl. Heintz & Hischier, 1983, 111)

- Bezüglich der Konflikthäufigkeit zeigen sich für die verschiedenen Regimetypen unterschiedliche Muster. Demokratische Regimes beispielsweise weisen eine überdurchschnittliche Häufigkeit von Protestdemonstrationen und politischen Streiks auf, aber eine unterdurchschnittliche Häufigkeit politischer Gewalt (vgl. Heintz & Hischier, 1983, 112 sowie die Ausführungen in Abschnitt 3. 2).

Sodann kann empirisch nachgewiesen werden, dass liberal-kapitalistische und sozialistische Regimes historisch die neuesten Typen darstellen.

Das Entwicklungsniveau (Pro Kopf Einkommen) zeigt folgende Beziehungen zu den Regimetypen:

- Demokratische Regimes sind vor allem im obersten Entwicklungsbereich anzutreffen.

- Kapitalistische Regimes treten vor allem im mittleren Entwicklungsbereich auf.

- Sozialistische Regimes weisen meistens ein tiefes Entwicklungsniveau auf. [6]

Ein letztes Ergebnis der Analyse von Heintz & Hischier (1983, 121), auf das hier hingewiesen werden soll, betrifft die Uebergänge zwischen Regimetypen, sogenannte *Regimesequenzen.* Hier kann beispielsweise gezeigt werden, dass die Uebergänge zu kapitalistischen Regimes im allgemeinen von einer Erhöhung der Repression begleitet sind, die Uebergänge zu sozialistischen Regimes im allgemeinen von einer Senkung des Repressionsniveaus.

Das Konzept des politischen Regimes verlangt nach zahlreichen weiterführenden Analysen. Eine grosse Zahl von bereits untersuchten Grössen (beispielsweise das Bildungsniveau oder die Einkommensungleichheit) müssten auf ihren Zusammenhang mit Regimetypen hin untersucht werden. Eine auch theoretisch noch zu wenig geklärte Frage besteht meiner Ansicht nach darin, welche Rolle Militärdiktaturen für politische Regimes spielen.

6) Anzumerken ist hier, dass die empirischen Analysen auf einem Sample von 66 Entwicklungsländern beruhen, denen in der betrachteten Periode 182 Regimesequenzen entsprechen. Für die oben erwähnte negative Beziehung zwischen Entwicklungsniveau und sozialistischem Regime bedeutet das, dass die Staaten des "europäischen Ostblocks" nicht berücksichtigt sind.

3.4 DIE WELTSYSTEMPERSPEKTIVE

Olson (1981, 46) hat darauf hingewiesen, dass Wallerstein (1974) eine grundlegend neue Perspektive auch in der Analyse politischer Phänomene eingeführt hat, nämlich die Weltsystemperspektive. In dieser Perspektive wird betont, dass sozio-politische Prozesse weniger durch Ereignisse innerhalb eines Landes, als vielmehr durch Entwicklungen in einem umfassenden Weltsystem beeinflusst werden. [7]

7) Ich gehe hier von einem sehr eingeschränkten Verständnis einer "Weltsystemperspektive" aus wie es beispielsweise von Heintz (z.B. 1974) formuliert wurde. Das spezifische Merkmal einer Weltsystemperspektive ist, dass das Weltsystem von den Zentren her gesehen wird und, dass demzufolge ausschliesslich Beeinflussungs- und Diffusionsprozesse von oben nach unten diskutiert werden.

Ich bin der Ansicht, dass den Arbeiten der in Abschnitt 3. 4 erwähnten Autoren diese einseitige Perspektive zugrundeliegt. Ich glaube aber gleichzeitig auch, dass die Einseitigkeit dieser Perspektive zu einigen interessanten Erkenntnissen geführt hat.

Die Perspektive manifestiert sich unter anderem im Begriff der "Krise des Weltsystems", unter dem bei genauerem Hinsehen primär eine Krise der Hegemonie der Vereinigten Staaten verstanden wird.

Im Unterschied zur Weltsystemperspektive berücksichtigt die Weltgesellschaftsperspektive von Peter Heintz auch – und vor allem – die Sicht peripherer Länder und vermag damit auch dezentrale oder gegen das Zentrum gerichtete Bewegungen im Weltsystem zu erfassen.

Die Weltgesellschaftsperspektive wurde im Abschnitt 3. 4 nicht mehr ausführlich beschrieben, weil ihr aktuellster Forschungsbereich, das Regimekonzept, in Abschnitt 3.3 besprochen wurde.

Dabei führt Wallerstein (1974) die politischen Entwicklungen im Weltsystem vor allem auf ökonomische Faktoren zurück. Modelski (1978) hat im Gegensatz dazu argumentiert, dass eher das *politische Weltsystem,* d.h. die von einer Weltmacht geprägte Interaktionsstruktur zwischen Staaten, einen bestimmenden Einfluss auf internationale und nationale Geschehnisse ausübt.

Auf der Ebene der *politischen Kultur* hat sodann Meyer (1980) dargelegt, wie Staatsvorstellungen, die aus den Zentren des Weltsystems stammen, in Entwicklungsländer diffundieren und dort zu einem analogen Staatsaufbau führen. Boli-Benett (1979) liefert eine empirische Unterstützung für diese These und zeigt, dass sich die in Konstitutionen verankerten Staatsvorstellungen in Entwicklungsländern immer mehr angleichen und der in der westeuropäischen Kultur verankerten Vorstellung von staatlicher Verantwortung und individueller Freiheit immer ähnlicher werden.

Die Weltsystemperspektive weist auf einen Aspekt der internationalen politischen Soziologie hin, der zweifelsohne zu lange vernachlässigt wurde. Andererseits tendieren die in dieser Tradition entstandenen Arbeiten dazu, die Bedeutung spezifischer interner Kräftekonstallationen in Entwicklungsländern zu vernachlässigen, auf deren Bedeutung in Abschnitt 3.3 hingewiesen wurde. Was der Weltsystemperspektive abgeht, ist demnach eine Berücksichtigung von Reaktionen der Bevölkerung eines Landes auf den Versuch der politischen "Weltkultur", die gesellschaftliche Realität in ein bestimmtes Modell einzupassen.

BIBLIOGRAPHIE

'ACTES' (1982), Les mouvements de critique du Droit en Suisse, Actes, **38** octobre (1982) 23–26.

BARNES, S. H. & KAASE, M. (1979), "Political Action" (Sage, Beverley Hills).

BEISENHERZ, H. G. (1980), "Legitimation durch Vertrauen. Eine Untersuchung zum Wandel der Legitimation im fortgeschrittenen Kapitalismus." (Guttandin & Hoppe, Marburg/Lahn).

BENDIX, R. (1968), "State and Society" (Little, Brown, Boston).

BENSMAN, J. (1979), Max Weber's Concept of Legitimacy: An Evaluation, *Conflict and Control* (Vidich, A. J. & Glassman, R. M., eds) (Sage, Beverley Hills).

BERGSEN, A. J. (1977), Political Witch Hunts: The Sacred and the Subversive in Cross-National Perspective, *American Sociological Review,* **42** (1977) 220–233.

BLUMER, H. (1957), Social Movements, *Principles of Sociology* (McClung Lee, A., ed.) (Barner & Noble, New York).

BOLI–BENNETT, J. (1979), The ideology of expanding state authority in national constitutions, 1870–1970, *National development and the world system* (Meyer, J. & Hannan, M., eds) (University of Chicago Press, Chicago).

DENITCH, B. (1982), Social Movements in the Reagan Era, *Telos,* **53** fall (1982).

EASTON, D. (1965), "A Systems Analysis of Political Life" (Wiley, New York).

EBBINGHAUSEN, R. (1976), "Bürgerlicher Staat und politische Legitimation" (Suhrkamp, Frankfurt a. M.).

ECKSTEIN, H. & GURR, T. R. (1975), "Patterns of Authority" (John Wiley, New York).

EICHENBERGER, K. (1983), Verwaltungsinitiative als neues Volksrecht, *Tages Anzeiger,* **6** Montag 13. Juni (1983).

FLANAGAN, S. C. (1982), Changing Values in Advanced Industrial Societies, *Comparative Political Studies,* January (1982) 403–444.

FRIEDRICHS, D. O. (1980), The Legitimacy Crisis in the United States: A Conceptual Analysis, *Social Problems,* **27**/5 (1980) 540–553.

FLUX, B. & NADAI, E. (1983), Strukturen des militärischen-industriellen Komplexes der Schweiz, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie,* **2** (1983) 257–288.

GAMSON, W. G. (1975), "The Strategy of Social Protest" (Dorsey, Homewood, I11.).

GIGER, A. (1980), Politisches Bewusstsein und Partizipation, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie,* **6** / 3 (1980) 447–462.

GIROD, R. & RICQ, C. (1970), Microsystèmes sociaux et abstentionisme éléctroral à Genève, *Annuaire Suisse de Science Politique* (1970) 71–90.

GOLDSTEIN, R. J. (1981), Political Repression and Politicál Development, *Comparative Social Research,* **4** (1981) 161–198.

GOULDNER, A. W. (1980), "Die Intelligenz als neue Klasse" (Campus, Frankfurt a. M.).

GRUNER, E. & HERTIG, H. P. (1983), "Der Stimmbürger und die neue Politik" (Haupt, Bern/Stuttgart).

HABERMAS, F. (1973), "Legitimationsprobleme im Spätkapilalismus" (Suhrkamp, Frankfurt a. M.).

HEINTZ, P. (1980), Eine Theorie der strukturellen Determinanten politischer Kultur, Soziale Beziehungsgeflechte, *Festschrift für Hans Winkmann* (H. Niemeyer, ed.) (Ducker & Humbolt, Berlin).

HEINTZ, P. (1981), Subjektive und institutionalisierte Werte in der Gegenwartsgesellschaft, Soziologie in weltbürgerlicher Absicht, *Festschrift für René König* (Thurn, H. P., ed.) (Westdeutscher Verlag, Opladen).

HEINTZ, P. (1982), "Die Weltgesellschaft im Spiegel von Ereignissen" (Rüegger, Diessenhofen).

HEINTZ, P. & HEINTZ, S. (1974), "Die Zukunft der Entwicklung" (Haupt, Bern).

HEINTZ, P. & HISCHIER, G. (1983), Abnehmende Endogenität der nationalen Entwicklung und zunehmende Polarisierung politischer Regimes von Entwicklungsländern hinsichtlich ihrer Integration in die Weltwirtschaft, Arbeitslosigkeit als Schicksal? (2. Malenter Symposium) (Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart).

HERTIG, H. P. (1980), "Partei, Wählerschaft oder Verband? Entscheidfaktoren im eidgenössischen Parlament" (Francke, Bern).

INGLEHART, R. (1977), "The silent revolution: changing values and political styles among Western public" (Princeton University Press, Princeton, New York).

KERR, H. (1981), "Parlement et société en Suisse" (Editions Georgi, Saint-Saphorin).

KERR, H. (1983), "Unser Parlament" (Editions Heuwinkel, Neuallschwil, Basel).

KOPP, M. & MUELLER, H. P. (1980), "Herrschaft und Legitimität in modernen Industriegesellscahften" (tu duv Verlagsgesellschaft, München).

KRIESI, H. P. (1979), Interne Verfahren bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren, *Annuaire Suisse de Science Politique* (1979) 233–258.

KRIESI, H. P. (1980), "Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik" (Campus, Frankfurt a. M.).

KRIESI, H. P. (1982), "AKW-Gegner in der Schweiz" (Rüegger, Diessenhofen).

KRIESI, H. P. (1983), Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Korporatismusdebatte, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie,* **2** (1983) 235–256.

KRIESI, H. P. (1984), "Die Bewegung von Zürich" (Campus, Frankfurt a. M.).

KRIESI, H. P. & et al. (1981), "Politische Aktivierung in der Schweiz" (Rüegger, Diessenhofen).

LADD, E, C. (1976), "Academics, Politics and the 1972 Election" (American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington, D. C.).

LEVY, R. (1981), Politische Basisaktivität im Bereich der Umweltproblematik, *Annuaire Suisse de Science Politique* (1982) 9–37.

LEVY, R. & ZWICKY, H. (1980), Recherche sur l'activité politique en Suisse, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie,* **6** (1980) 463–483.

LEVY, R. & ZWICKY, H. (1984), Politische Partizipation und neuere Aktionsformen, *Handbuch des politischen Systems der Schweiz,* Teil II (1984).

LIPSET. S. M. (1967), Political Sociology, *Sociology: an Introduction* (Smelser, N. J., ed.) (Wiley, New York).

LIPSET, S. M. (1981), "Political Man: Expanded and updated version" (John Hopkins University Press, Baltimore).

LIPSET, S. M. (1983), Radicalism or Reformism: The Sources of working-class politics, *International Political Science Review,* **77** (1983).

MARTIN, R. (1977), "The sociology of power" (Routledge and Kegan, London).

MEHLICH, H. (1983), "Politischer Protest und Stabilität" (Peter Lang, Frankfurt a. M.).

MEYER, J. W. (1980), The World Polity and the Nation-State, *Studies of the modern world system* (Bergsen, A., ed.) (Academic Press, New York).

MODELSKI, G. (1978), The Long Cycle of Global Politics and the Nation-State, *Comparative Studies in Society and History,* **20** / 1 (1978) 214–235.

NEF, R. (1979), Bundesabstimmungen 1950–77, *Bulletin des Soziologischen Instituts der Universität Zürich,* **37** (1979).

NEIDHART, L. (1981), Theoretischer Aktivismus über politische 'Aktivierungsereignisse' in der Schweiz, *Neue Zürcher Zeitung,* 15. Dezember (1981).

NEIDHART, L. & HOBY, J. P. (1977), "Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz" (Forschungsbericht im Auftrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Zürich).

OLSON, M. E. (1970), "Power in Societies" (The Macmillan Company, New York).

OLSON, M. E. (1981), Comparative Political Sociology, *International Journal of Comparative Sociology,* **1–2** (1981) 40–61.

PATEMAN, C. (1970), "Participation and Democratic Theory" (Cambridge University Press, Cambridge).

PIRAGES, D. C. (1980), Political Stability and Conflict Management, *Handbook of Political Conflict* (Gurr, T. R., ed.) (The Free Press, New York).

PIVEN, F. F. & CLOWARD, R. A. (1977), "Poor Peoples movements" (Pantheon Books, New York).

RAMIREZ, F. O. (1981), Comparative Social movements, *International Journal of Comparative Sociology,* **1–2** (1981) 3–21.

RIKLIN, A. & KLEY, R. (1981), "Stimmabstinenz und direkte Demokratie" (Haupt, Bern/Stuttgart).

RODENSTEIN, M. (1978), "Bürgerinitiativen und politisches System" (Fokus, Giessen).

SCHELSKY, H. (1960), "Die skeptische Generation" (Diedrichs, Düsseldorf).

SCHMITTER, P. (1979), Still the Century of Corporatism?, *Trends towards Corporatist Intermediation* (Schmitter, P. & Lehmbruch, G., eds) (Sage, London).

SCHMITTER, P. (1981), Neokorporatismus: Ueberlegungen zur bisherigen Theorie und zur weiteren Praxis, *Neokorporatismus* (von Aleman, U., ed.) (Campus, Frankfurt a. M.).

SKOCPOL, T. (1979), "States and Social Revolutions" (Cambridge University Press, Cambridge).

TILLY, C. (1978), "From Mobilization to Revolution" (Addison-Wesley, Reading, Mass.).

USEEM, B. & USEEM, M. (1979), Government Legitimacy and Political Stability, *Social Forces*, **57** / 3 (1979) 840–852.

VERBA, S.; NIE, H. N. & KIM, J. (1978), "Participation and Political Equality" (Cambridge University Press, Cambridge).

WALLERSTEIN, I. (1974), "The modern world-system" (Academic Press, New York).

WILLIAMS, K. R. & TIMBERLAKE, M. (1983), Structured Inequality, Conflict and Control: a Cross-National Test of the Threat Hypothesis. *(Forthcoming Social Forces.)*

WINDISCH, U. (1978), "Xénophobie?" (L'Age d'homme, Lausanne).

WRONG, D. H. (1981), Max Weber and Contemporary Sociology, *The future of Sociological Classics* (B. Rhea, ed.) (Allen & Unwin, Boston).

WRIGHT, J. D. (1976), "The dissent of the governed" (Academic Press, New York).

ZIMMERMANN, E. (1980), Macro-Comparative Research on Political Protest, *Handbook of Political Conflict* (Gurr, T. R., ed.) (The Free Press, New York).

ZWICKY, H. (1982), "Politische Aktivität, Illegitimität und Stabilisierung" (Rüegger, Diessenhofen).

ZWICKY, H. & HEINTZ, P. (1982), Soziale Ungleichheit, Legitimationsanforderung und Konflikt, *Zeitschrift für Soziologie*, **11** / 3 (1982) 268–277.